

RESOLUTION

Verband Freier Berufe in Bayern

lehnt den Angriff auf freiberufliche Honorarordnungen ab

Der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. kritisiert das Urteil des EuGH zur Zulässigkeit von Boni bei der Abgabe verschreibungspflichtiger Arzneimittel durch ausländische Versandapotheken. Der EuGH setzt sich damit über das Recht der Mitgliedsstaaten hinweg, eigenständige Regelungen zur Organisation des nationalen Gesundheitswesens treffen zu können.

Damit wird Deutschland die Gestaltungshoheit über einen wichtigen Bestandteil des nationalen Gesundheitssystems entzogen, mithin die Honorarordnung eines freien Berufes in ihrem Bestand gefährdet ist. Der Verband Freier Berufe in Bayern e.V. spricht sich daher dafür aus, den Versand von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln, wie in drei Viertel aller EU-Mitgliedstaaten, zu verbieten.

Die Preisbindung für verschreibungspflichtige Arzneimittel ist Teil einer freiberuflichen Honorarbildung, mit welcher die Interessen von Bürgern, Kostenträgern und Apotheken ausgeglichen werden. So können Bürger vor einer Übervorteilung geschützt werden. Die Festpreisbindung stellt einen integralen Bestandteil des Sachleistungsprinzips in der Gesetzlichen Krankenversicherung dar und garantiert allen Versicherten den gleichen Zugang zu benötigten Arzneimitteln. Eine Bonifizierung würde lediglich Fehlanreize zulasten der Solidargemeinschaft schaffen. Durch die Preisbindung bei verschreibungspflichtigen Arzneimitteln wird eine Reihe von Gemeinwohlleistungen ermöglicht, die in den Apotheken vor Ort erbracht werden. Zu den Gemeinwohlleistungen zählen eine ausreichende Vorratshaltung und schnelle Lieferfähigkeit, individuelle Rezepturherstellung und persönliche Beratung sowie der Nacht- und Notdienst. Die Arzneimittelpreisbindung verhindert außerdem eine Rosinenpickerei nach rentablen Patienten und schützt so vor einer lückenhaften Versorgung, durch das Wegfallen vollversorgender Apotheken vor Ort.

Politische Initiativen, einen Versandhandel von rezeptpflichtigen Arzneimitteln in Deutschland komplett zu verbieten, wie die der Bayerischen Gesundheitsministerin Melanie Huml und des Bundesgesundheitsministers Hermann Gröhe, sind ausdrücklich zu begrüßen und werden von dem Verband Freier Berufe in Bayern e.V. uneingeschränkt unterstützt.